

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

38 (17.9.1947)

VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 2, Nr. 38

Mannheim, den 17. September 1947

Preis: 15 Pfg.

Ein unmöglicher Ernährungsminister / Von Willy Grimm

Sowohl der bloßgestellte württembergisch-badische Ernährungs- und Landwirtschaftsminister Dr. Stooß als auch Ministerpräsident Dr. Maier bemühen sich, den eindeutigen Tatbestand zu zerreden, der sich aus den unterschiedlichen Ziffern über die Brotgetreideernte zwischen dem Ablieferungssoll des Landwirtschaftsministeriums und den Stichproben der Dreschergebnisse durch die Militärregierung ergeben hat. Es liegt ein großes Maß von Unverantwortlichkeit in der Art, wie sie es tun.

Daß es sich bei den unterschiedlichen Zahlen einmal um Schätzungen, das andere Mal um Stichproben handelte, wird von ihnen in dem Sinne unterstrichen, als ob deshalb ihrer Gegenüberstellung kein Wert beizumessen sei. Deutlich war aber bei der Veröffentlichung der beiden Vergleichszahlen auf diesen Umstand hingewiesen worden. Jede Argumentation, die dies ignoriert, bewegt sich am Kern des Gegenstandes vorbei. Dieser besteht aber darin, daß eben der auf Stichproben beruhenden Ziffer von 142 800 Tonnen im Gegensatz zu der geschätzten von 87 000 Tonnen Brotgetreideernte der überlegene Wert beizumessen ist. Sollte den Ministern der genügende Verstand fehlen, das sehen zu können?

Eine errechnete Ziffer von 142 800 Tonnen, die sich auf die Stichproben der Dreschergebnisse stützt, wie es bei der Ziffer der Militärregierung der Fall ist, hat gegenüber jeder anderen Schätzung den größeren Wirklichkeitsgehalt für sich. Mit dieser Erörterung ist aber überhaupt die Frage der Art und Weise der auf Schätzungen beruhenden Festsetzung von Sollziffern des Ernährungsministeriums gestellt. Worin bestand bisher das für die Öffentlichkeit zugängliche Kriterium festgesetzter Sollziffern? Es ist keines vorhanden. Ein beklagenswerter Zustand, wenn man dabei bedenkt, daß dieser Umstand in keinerlei bisher getätigter Kritik der Volksvertretung in Württemberg-Baden, wie auch nicht in der lizenzierten Presse, zum Ausdruck gebracht worden ist.

Wir erinnern uns deutlich, daß das Ernährungs- und Landwirtschaftsministerium die diesjährige Sollziffer für Brotgetreide in Höhe von 87 000 Tonnen mit der Genugtuung veröffentlichte, daß sie trotz der durch die anhaltende Dürre schlechten Ernte nur um 4000 Tonnen unter dem vorjährigen Soll liege. Zu welchem Schluß muß man aber kommen, wenn das genauere errechnete Ergebnis der diesjährigen Ernte sich in einer Höhe von 142 800 Tonnen bewegt? Allgemein wird unterstellt, daß die Ernte im vergangenen Jahr besser als heuer gewesen ist. Das Ergebnis müßte also noch weit über den 142 000 Tonnen, das jetzt errechnet sind, gelegen sein. Trotzdem erfolgte keinerlei Korrektur des damaligen Solls von 87 000 Tonnen Brotgetreide. Ein solches Soll diente als Anhaltspunkt, um über hundertprozentige Erfüllung zu berichten.

Die Feststellung der Militärregierung ergibt eine mögliche höhere Festsetzung von 62% für Brotgetreide. Die Methode des Ernährungsministers erscheint unläuter, wenn er diesen 62% nunmehr eine Korrektur von nur 30% gegenüberstellt und dabei die Voraussetzungen des Vergleichs verschoben hat, denn die Korrektur von 30% mehr des bisherigen Solls sollen sich nicht allein

auf Brotgetreide, sondern auf die gesamte Getreideernte beziehen. Genau so eigenartig und leichtfertig ist der Versuch, die sich als fragwürdig erwiesene Sollfestsetzung für die diesjährige Ernte damit zu rechtfertigen, daß „das Ergebnis der jetzigen Nachprüfung der Dreschergebnisse, infolge des langanhaltenden Sommerwetters befriedigender ausgefallen sei.“ Aus der bisher beklagten Dürre, die den Grund abgegeben hatte für die niedrige Festsetzung der Sollziffer, wird, wie unter der Hand eines Taschenspieler, das freundlicher klingende „langanhaltende Sommerwetter“. Ganz, wie man es gerade braucht. So wird aus einer Dürre für die Brotgetreideernte ein Vorteil.

Der Ernährungsminister Dr. Stooß hat neben diesen Purzelbäumen seiner Argumentations- und Rechtfertigungsversuche weitere Proben entweder seiner völligen Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse, oder aber seines bösen Willens gegeben. Für uns besteht kein Zweifel, daß das Leben des Bauern heute nicht

leicht ist und daß es mehr als hundert Dinge gibt, die den Bauern auf empfindlichste unter den Nägeln brennen. Es fehlen ihnen die industriellen Bedarfsartikel, die Düngemittel; es fehlt ihnen, genau wie der Bevölkerung in der Stadt, der legale Markt für Kleidung, Schuhe und tägliche Gebrauchsartikel. Schlimm genug! Aber darin liegt mindestens in der Allgemeinheit der Anwendung eine Übertreibung, die an Zynismus grenzt, wenn der Landwirtschafts- und Ernährungsminister erklärt, „daß in diesem Jahr in Bauernhäusern genau so gehungert werden müßte, wie in den Städten.“ Die Mißwirtschaft und Unfähigkeit des ministeriellen Bürokratenapparates in unserer Ernährungs- und Landwirtschaft ist die Ursache, wenn für die Bauern, wie für die werktätige Bevölkerung in der Stadt, der Zwang zu Kompensations- und Schwarzmarktgeschäften besteht. Daß diese Bevölkerungskreise dabei die Ausbeuteten von Schiefern und Wucherern sind, ist die Kehrseite der Medaille, für die ein Landwirtschafts- und Ernährungsminister,

der solch große Mängel an sachlicher und moralischer Qualifikation zeigt, verantwortlich ist. Die Minister haben über die „zwischenzeitlich veröffentlichten Ziffern“ der Militärregierung das Klagegedrängte angestimmt, daß damit Unruhe in die Bevölkerung getragen werden sei. Dabei wurden die Dinge doch etwas arg auf den Kopf gestellt. Die Bevölkerung kann die Mitteilung, daß das Erntergebnis statt 87 000 Tonnen nunmehr 142 800 Tonnen Brotgetreide betragen wird, nur mit Freude aufnehmen. Benurruht wird sie aber, wenn Minister so unverantwortlich darauf reagieren, wie sie es in diesem Falle getan haben.

Der württembergisch-badische Landwirtschaftsminister Dr. Stooß ist nach all diesen Ereignissen einfach untragbar geworden! Allen Parteien, denen die Sicherung der Ernährungslage des Volkes am Herzen liegt, müßte diese Erkenntnis selbstverständlich sein, wenn es für sie nicht „wichtigere Gründe“ geben sollte, als sie eben die Ernährungslage des Volkes gibt.

Ruhrabkommen gegen deutsches Mitbestimmungsrecht

Die amerikanische Kritik am Bericht der Pariser Wirtschaftskonferenz

Das Washingtoner Ruhrabkommen ist Ausdruck dafür, daß sich der amerikanische Einfluß im Ruhrgebiet durchgesetzt hat. Die in ihm festgelegte amerikanisch-britische Kontrolle des Ruhrbergbaus trägt der Meinung des deutschen Volkes keinerlei Rechnung. General Clay hatte zwar erklärt, daß er sich einer freien Meinung des deutschen Volkes nicht in den Weg stellen wolle, aber mit dem Washingtoner Abkommen erfolgte unausgesprochen eine klare Stellung gegen den Kampf der Ruhrarbeiter, um die Teilnahme an der Gestaltung der Kohlenproduktion und der Klärung der Besitzverhältnisse im Ruhrbergbau. Völlig ist ignoriert worden, daß in vielen Resolutionen alle Bevölkerungsstellen den Willen bekundet haben, die bisherigen Grubenbesitzer als Kriegsverbrecher zu enteignen und die Kohlengruben dem deutschen Volke zu übergeben.

Nur die Steigerung der Kohlenförderung ist als Bereich und unandere Aufgabe den deutschen Stellen vorbehalten worden. Das deutsche Volk braucht ein Mitbestimmungsrecht über den

Ruhrbergbau, wenn es erfolgreich die Demokratisierung Deutschlands durchführen soll.

Die USA sind mit dem von der Pariser Wirtschaftskonferenz ausgearbeiteten Bericht über die notwendige Hilfe im Rahmen des Marshallplanes auf höchste unzulässige. Sechs Punkte sollen noch einmal der Durchsicht unterzogen werden, wie der amerikanische Unterstaatssekretär William Clayton verkündete. Die beanstandeten Punkte betreffen die Frage der Finanz- und Währungsstabilität, der Aufhebung der Handelsbeschränkungen, das Wiederaufbauprogramm und seine Finanzierung, Produktionserhöhung, die gemeinsamen Ziele und Grundsätze der 16 Länder sowie die Frage der organisatorischen Lenkung der amerikanischen Hilfsmaßnahmen. Was betreffen sie nicht?

Die Pariser Konferenz muß sich also noch einmal mit den Fragen befassen, um den amerikanischen Wünschen Rechnung zu tragen. Be-

zeichnend dabei ist, daß die Kritik Claytons in dem Bericht „eine bloße Aufzählung des Bedarfs Europas“ sieht und deshalb von ihm „keine Wirkung auf die Öffentlichkeit in Amerika“ erwartet. Die Pariser Konferenz hat also nicht genügend Augenmerk auf die propagandistische Seite des Berichtes in seiner Wirkung auf Amerika gelegt. Clayton empfiehlt, mehr einzugehen auf die Fragen der Zollunion, der Abschaffung der Divisenschränkung und der Zusammenfassung aller verfügbaren Arbeitskräfte, Rohstoffe und Industrieanlagen. Es ist bereits auch die Befürchtung ausgesprochen worden, daß nochmals eine Kürzung von 21 auf 15 Milliarden Dollar für den vorgesehenen Zeitraum von 4 Jahren erfolgen soll, wobei die fehlenden 6 Milliarden durch die Weltbank gedeckt werden sollen.

Gegenüber Schuldnern und werdenden Schuldnern genügt das Äußern von Wünschen durch den Gläubiger, wenn es sich um Staaten handelt, genau so wie im Privaten, um sie erfüllt zu bekommen. Wer wird die Frage der Souveränität stellen?

Die fünfte Kolonne des Henry Bernhard

Der Stuttgarter Volksstimme entnehmen wir nachstehende Ausführung: „Herr Ermath von Radio Stuttgart hat sie zuerst entdeckt und mit frommem Augenaufschlag weiß uns Henry Bernhard in den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 4. September mehr von diesen Gespenstern, die in Württemberg-Baden umgehen, zu erzählen. Es muß ja „wahr“ sein, denn das Radio ist bekanntlich objektiv und unabhängig. Da sitzen also in den „Schlüsselpositionen und in wichtigen Stellungen aller Sparten unseres öffentlichen Lebens“ gut getarnt die heimlichen Sendboten der SED. So gut getarnt, daß weder der wiederauferstandene Fritzsche, noch der von Goebbels ferngelenkte Leitartikel auch nur einen Namen nennen kann.“

Anscheinend findet Herr Bernhard es ganz in Ordnung, von einem nebelhaften Paneuropa zu schwätzen, aber er möchte es vorgeben, von der Einheit unseres eigenen Landes, das heute in Not und Elend ist, zu sprechen. Herr Bernhard möchte die guten Deutschen, die dafür eintreten, nach Osten abschieben. Wir haben warme

und beherzigenswerte Erklärungen des Ministerpräsidenten Reinhold Maier für eben diese Einheit und vielleicht sollte er seinem Fraktionskollegen und Einheitsgegner empfehlen, nach Amerika auszuwandern, wo man zur Zeit „Fünfte Kolonne“ trägt.

Herr Bernhard spricht davon, daß der kommende Winter uns eine ziemlich sichere Hungerkatastrophe verbietet. Sollten das die Gespenster sitzen, die ihn so bedrücken? Die Gespenster können wir ihm allerdings beim Namen nennen. Sie heißen Schlange-Schönlingen und Reichsruhm, sie heißen Dinkelbach und Monopolkapital. Mit ihnen wird es allerdings keine echte Demokratie geben, auch wenn Bernhard den lieben Herrgott anruft.

Herr Bernhard ist einer der führenden Männer der Demokratischen Volkspartei, die den Ministerpräsidenten einer Regierung stellt, der alle Parteien angehören. Er kann sich also nicht dumm stellen. Deshalb heraus mit den Namen derjenigen, die nach den dunklen Andeutungen Bernhards Feinde der Demokratie sein müssen.

Wir haben ein Interesse daran, sie kennenzulernen. Denn wir sind für Demokratie.“

Offener Brief an Bernhard

In der „Rhein-Neckar-Zeitung“ veröffentlicht der Chefredakteur Prof. Dr. Agricola einen offenen Brief an den Herausgeber der „Stuttgarter Nachrichten“, Konsul a. D. Henry Bernhard, in dem er erklärt, sich mit den Menschen solidarisch zu fühlen, die Bernhard mit der Beschuldigung, „Fünfte Kolonne“ zu sein, zu diffamieren suchte. Er schreibt: „Denn wer sind die Personen, die hierbei in einer so „edlen Weise“ charakterisiert werden? Es sind die fortschrittlichen Kräfte, es sind Antinazis, es sind diejenigen, die im Dritten Reich wirklich illegal gearbeitet haben und unter Einsatz ihres Lebens in Wort, Schrift und organisatorisch gegen das gehäßte Hitlerregime gekämpft haben. Und ich glaube in all deren Namen sprechen zu dürfen, wenn ich sage: Ja, wir sind eine Kolonne, aber nicht die fünfte, sondern die erste.“

Politik des Bankrotts

Henry Wallace gegen Auslieferung des Ruhrgebiets an die Kriegsbrandstifter

Henry Wallace, der ehemalige Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika sprach am Donnerstagabend im Medicin-Square-Garden, Wallace gilt insbesondere Hoover an, den er als einen Vorkämpfer für die Politik der Verletzung des Potsdamer Abkommens bezeichnete. Wallace warnte davor, das Ruhrgebiet wieder denjenigen auszuliefern, welche es schon einmal für ihre Kriegszwecke einsetzen. In seiner Rede, die von der französischen Nachrichtenagentur als ernste Stellungnahme gegen die Außenpolitik der USA bezeichnet wird, erklärte Wallace weiter, daß in diesem Jahre „unglücklicherweise keinerlei Fortschritte in der Verwirklichung eines Einvernehmens mit der Sowjetunion gemacht worden sind.“ Wir haben so fügte er hinzu, ob das in Griechenland oder der Türkei ist, eine Politik des Bankrotts eingeschlagen. Wallace wies auf die Notwendigkeit hin, gegen die Kriegsspychese zu kämpfen. Wenn die Truman-Marshallpolitik fortgesetzt werde, dann

werde sie schließlich Millionen Amerikanern das Leben kosten. Für diese Politik zahlen wir, so erklärte Wallace, im eigenen Lande mit hohen Preisen und wirtschaftlicher Unbeständigkeit. Die Völker der ganzen Erde jedoch zahlen für sie mit einem Aufrüstungswettbewerb, der verbrecherisch ist, in einer Welt, die einen weiteren Krieg nicht aufhalten kann. Im Namen der Freiheit, so erklärte Wallace, werden heute in Amerika die Grundsätze der Reaktion verteidigt. Um die augenblickliche Politik der USA zu ändern, ist es nötig, den Kommunismus anders als bisher zu betrachten. Die Reaktionäre wenden dieses Wort auf jede liberale Idee an. Wenn auch das kommunistische Konzept „nicht das meine ist, so muß doch gesagt werden, daß Ideen keineswegs durch Gesetze unterdrückt werden können.“

Wallace wies schließlich auf die Verbindung hin, die von der Hochfinanz zu dem diplomatischen Personal der USA bestehen und schloß mit den Worten: „Das Gelärme über

einen Krieg mit der Sowjetunion ist eine Propagandawarte des reaktionären Kapitals.“

USA-Monopolisten und SPD

Irving Brown, der europäische Vertreter der „American Federation of Labour“ hielt sich auf der Durchreise in Frankfurt a. M. auf. Er erklärte, wie „Stars and Stripes“ berichtet, es sei vorauszusetzen, daß sich die Gewerkschaften Westdeutschlands dem Kommunismus zuwenden würden, wenn in der Lage der deutschen Wirtschaft und der augenblicklichen „neutralen“ Haltung der USA gegenüber der Politik in Deutschland keine Aenderung eintrete. Brown forderte die Vereinigten Staaten auf, die SPD zu unterstützen und sie als Grundlage für ein neues demokratisches Deutschland zu benutzen. Wenn Amerika die deutschen Gewerkschaften unterstützt, würde dies ein Weg sein, um ein politisches Vakuum auszufüllen.



Eine grundlegende Wendung

ist nur möglich, wenn in ganz Deutschland durch die Initiative und das Zusammenwirken der Arbeiterorganisationen eine alle fortschrittlichen Männer und Frauen umfassende

Volksbewegung

ausgelöst wird, um diese Politik der Vergangenheit zu überwinden. Die Sozialistische Einheitspartei wird die Schaffung einer solchen Volksbewegung mit aller Kraft fördern. Sie kämpft dafür,

in ganz Deutschland

eine neue, antifaschistisch-demokratische Ordnung aufzurichten, die demokratische Bodenreform durchzuführen, die Kriegs- und Naziverbrecher zu enteignen, die Betriebe aller Trusts, Konzerne, Syndikate, Kartelle zu verstaatlichen

und das volle Mitbestimmungsrecht und Kontrollrecht des werktätigen Volkes in der Wirtschaft, sowie eine demokratische Justiz- und Schulreform zu verwirklichen

Das ist der neue Weg,

der allein zur Sicherung der Demokratie, des Friedens und zum materiellen Wohlergehen der breiten Volksmassen führen wird. (Aus dem Resolutionsentwurf zum 2. Parteitag der SED)

Über Rummenohl nach Leipzig

Von Paul Schreck

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat sich in der Nachkriegszeit nicht nach ihren eigenen Prinzipien entwickeln können, sondern wurde weithin in ihrer Entwicklung von den Besatzungsmächten beeinflusst. Die Zerfleischung Deutschlands in Zonen und lebensunfähige Länder drängte auch die Gewerkschaften zu Organisationsformen, die viel zu eng für die großen Aufgaben sind, deren Lösung das deutsche Volk von den Gewerkschaften erwartet. Die Abschneidung Deutschlands vom Weltmarkt und die Isolierung der deutschen Gewerkschaften haben viel zu Mißverständnissen beigetragen, die in der Welt über das Denken und Wollen der deutschen Gewerkschaftsbewegung bestehen. Diese Isolierung wurde zum ersten Male durch die Teilnahme deutscher Gewerkschaftsvertreter an der Tagung des Weltgewerkschaftsbundes in Prag durchbrochen. Deutsche Kollegen hatten wieder die Möglichkeit mit ausländischen Kameraden die Führungsaufgaben und gemeinsame Interessen der internationalen Arbeiterbewegung zu besprechen. Diese Aussprache fand eine Fortsetzung auf der Tagung des Internationalen Metallarbeiterbundes, die vor wenigen Wochen in Kopenhagen zu Ende gegangen ist.

Die Prager Konferenz des Weltgewerkschaftsbundes hat der deutschen Gewerkschaftsbewegung das Tor zum Eintritt in die internationale Zusammenarbeit aufgetan. Allerdings wurde eine Bedingung als Voraussetzung gegeben. Klipp und klar wurde ausgesprochen, daß die deutschen Gewerkschaften erst dann dem Weltgewerkschaftsbund beitreten können, wenn sie eine einheitliche Organisation über ganz Deutschland geschaffen haben.

Die Metallarbeiter Deutschlands waren in der Vorhitzzeit auch in der internationalen Arbeiterbewegung anerkannte Kämpfer für Fortschritt und Freiheit. Sie betrachteten es in der gegenwärtigen Situation als eine Selbstverständlichkeit, daß die deutschen Metallindustrieverbände als erste versuchen, die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung wieder herzustellen, um dann bei allen internationalen Fragen vorbildlich mitzuwirken.

Schon im Frühsommer dieses Jahres hatten sich führende Funktionäre aller deutschen Metallindustrieverbände in Frankfurt am Main getroffen, um darüber zu beraten, wie der Zusammenschluß am schnellsten vollzogen werden könnte. Es bestand auf allen Seiten der gute Wille, sich zu finden. Jedoch waren die organisatorischen Schwierigkeiten, die sich aus dem föderalistischen Aufbau der Verbände ergaben, so groß, daß zu ihrer Beseitigung noch viel Arbeit geleistet werden muß.

In Frankfurt wurde zum ersten Male der Vorschlag gemacht, eine

Reichsleitung der Metallarbeiter,

getragen von einem Interzonen-ausschuß, in dem alle Metallindustrieverbände anwesend sein sollten, zu schaffen. Das in Frankfurt aus der Taufe gehobene Gremium traf sich nach einigen Wochen in Bremen und arbeitete Richtlinien über die Zusammenarbeit der deutschen Metallindustrieverbände aus. Gleichzeitig wurde festgelegt, welchen Tätigkeitsbereich der Interzonen-ausschuß bis zur Schaffung eines gesamtdeutschen Metallindustrieverbandes haben sollte.

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die sich aus der Zusammenlegung der englischen und amerikanischen Zone ergaben, waren die Veranlassung für einige Gewerkschaftler des Westens, die Frage eines Zusammenschlusses der Metallindustrieverbände des Westens aufzuwerfen. Sie glaubten, eine westdeutsche Lösung suchen zu müssen, da sie an eine gesamtdeutsche Lösung in der nächsten Zukunft

nicht glauben. Das war das Hauptproblem, das in der Tagung in Rummenohl am 26. August d. J., an welcher die Gesamtverbände der Industrieverbände Metall der englischen und amerikanischen Zonen teilnahmen, behandelt wurde. Alle übrigen aufgeworfenen Probleme wurden von diesem Kardinalproblem überschattet: ob die deutschen Metallgewerkschaften eins werden sollen, oder ob ein neuer westdeutscher Block entstehen soll.

In Rummenohl wurde heiß darum gekämpft, welcher Weg der richtige sei. Es konnte nur nach langer Debatte Klarheit erzielt werden.

Ein einmütig gefaßter Beschluß erklärte den Zusammenschluß aller Gewerkschaften der Metallindustrie Deutschlands sowie die Reichseinheit als das Ziel der deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft der Metallindustrie.

Allerdings läßt der Beschluß für den Fall, daß der Zusammenschluß im Reichsmaßstab nicht möglich sein sollte, die Möglichkeit zum Zusammenschluß im Westen, unter Beachtung der Beschlüsse der internationalen Konferenz in Badenweiler, offen. Zum Schluß betont die Konferenz nochmals ihren unverbrüchlichen Willen, den organisatorischen Zusammenschluß über das ganze Reich durchzuführen.

Der Wille zur Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung kam beim zweiten Punkt der Tagesordnung, der die Schaffung wirklicher Industrieverbände unter Einschuß der Angestelltenschaft behandelte, stürmisch zum Ausdruck. Nach einem sehr instruktiven Referat und allseitiger Berichterstattung wurde das Gewerkschaftsprinzip

„Ein Betrieb — eine Gewerkschaft“ einmütig als eine der vornehmsten Tagesaufgaben gestellt. Wenn die Gewerkschaften ernsthaft die Überführung der Produktion aus den Händen der Konzerne und Monopole in die Hand des Volkes erstreben, so kann dies nur unter einheitlicher Zusammenarbeit der kaufmännischen und technischen Fachleute mit den Fachleuten aus der Arbeiterschaft geschehen. Diese zwingende Erkenntnis war so eindeutig, daß ein einmütiger Beschluß für Schaffung wirklicher Industrieverbände für beide Zonen gefaßt wurde.

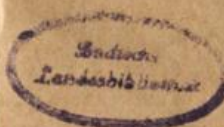
In diesem Beschluß heißt es: „Die Konferenz der Vorstände der Industrieverbände Metall der britischen und amerikanischen Zonen steht nach wie vor auf dem Boden der autonomen Industrieverbände. Das bedeutet, daß alle Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie in einer Gewerkschaft zusammenzufassen sind. Sie bekräftigt damit den Beschluß der internationalen Metallarbeiterkonferenz in Mannheim am 27. und 28. Februar 1947.“

Damit ist Arbeitern und Angestellten der Metallindustrie eindeutig und klar der Weg in die Zukunft gewiesen. Ein Weg, der fast überall in Deutschland bereits seit langem beschritten und zu Ende gegangen worden ist.

Somit hat die Tagung in Rummenohl einige Steine aus dem Wege geräumt, die ein Hindernis für die zukünftige Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung darstellten. Leipzig jedoch blieb es vorbehalten, absolute Klarheit auch auf jenen Gebieten zu schaffen, die in Rummenohl nicht behandelt werden konnten.

Die Leipziger Interzonenkonferenz, die am 3. und 4. September stattgefunden hat, beschaffte sich eingehend mit den Richtlinien für die Zusammenarbeit der Industrieverbände Metall Deutschlands und des Tätigkeitsbereiches des Interzonen-ausschusses. Der Referent, Kol-

(Fortsetzung auf Seite 2)



Vorgehen des Betriebsrates richtig!

Wirtschaftsministerium muß bestätigen: Das Saarprojekt der Firma Bosch nicht im Volksinteresse!

Das Wirtschaftsministerium der Landesregierung in Württemberg-Baden hat die Anfrage der KPD-Landtagsfraktion über die Verlegung des Bosch-Werkes Reutlingen nach dem Saargebiet beantwortet. Darin heißt es: „Das Wirtschaftsministerium hat durch eingehende Ermittlungen die Frage untersucht, ob die Geschäftsführung der Robert Bosch G. m. b. H. eine Verlegung des Bosch-Werkes in Reutlingen begünstigt habe. Eine restlose Klärung des Sachverhaltes ist nicht möglich, weil die Verhandlungen der an den Verhandlungen beteiligten Personen mangels eindeutiger schriftlicher Unterlagen nachträglich nicht mehr einwandfrei rekonstruiert werden können.“

Fest steht, daß ein Geschäftsführer im August 1946 mit französischen Stellen verhandelte, daß die Haltung der Geschäftsleitung nicht einheitlich war und daß im Oktober 1946 die ersten „offiziellen Besprechungen“ geführt wurden. Bei den Verhandlungen wurden diese durch den Abtransport der

Maschinen (insgesamt 1138 Maschinen, die einschließlich der Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse nach Mitteln der Firma einen Gesamtwert von 6 Millionen Mark darstellen) Tatsachen geschaffen. Erst Ende Januar 1947 — inzwischen hatte die „Volksstimme“ durch ihre Veröffentlichungen Alarm geschlagen — brach die Geschäftsleitung sozusagen die Beziehungen zu den Verhandlungspartnern ab.

„Im Hinblick auf die ungeheure Tragweite einer Betriebsverlagerung und mit Rücksicht darauf, daß es sich hier nicht nur um kapitalistische Interessen der Firma Bosch, sondern auch um das Schicksal einer 4000-köpfigen Belegschaft und um tiefgehende Interessen der deutschen Volkswirtschaft handelt, hätte die Firma Bosch die Verpflichtung gehabt, rechtzeitig ihre Haltung mit der Vertretung der Belegschaft und außerdem der zur Wahrung der Interessen der deutschen Volkswirtschaft zuständigen Stellen, dem Wirtschaftsministerium

und dem Volksrat, zu besprechen und die Auffassung dieser Stellen bei ihrer Entscheidung zu berücksichtigen.“

Die Antwort des Wirtschaftsministeriums schließt mit der Feststellung, daß die amerikanische Militärregierung in Württemberg-Baden ihre Zustimmung zu der Beteiligung der Firma Bosch an einem zu errichtenden Saarwerk versagt habe. Das letzte Wort ist damit zu dem Verhalten der Firma Bosch noch nicht gesagt, aber die Antwort des Wirtschaftsministeriums unterstreicht:

Das Vorgehen des Betriebsrates war richtig. Er allein hat rechtzeitig die dunklen Pläne aufgedeckt. Er ist die einzige Kraft gewesen, die konsequent die Interessen der Belegschaft und des deutschen Volkes vertreten hat. Die Geschäftsleitung der Firma Bosch hat sich nicht einwandfrei verhalten. Praktisch mußten sich ihre kapitalistischen Profitinteressen, welche Bedingungen auch immer festgelegt werden sollten, als Verrat an der Belegschaft und am Volk auswirken.

Betriebsräteversammlung der Metallarbeiter in Mannheim

Professor Nöting preist den Marshall-Plan / Betriebsräte verhindern Sowjethetze und fordern die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes

In einer von der Industriegewerkschaft Metall einberufenen Betriebsräteversammlung sprach in Mannheim Neckarau Professor Nöting über das Thema: Der Marshall-Plan. Daß inzwischen im Zuge der Verwirklichung des Marshall-Planes die Verstaatlichung des Ruhrgebietes, die Demokratisierung der Wirtschaft und Entnazifizierung der Monopolverhältnisse Tagesordnung abgesetzt worden ist, hinderte Professor Nöting nicht, eine Lobrede auf ihn zu halten.

Bei dem Versuch, das übliche Hetzreden gegen die Sowjetunion und den „Osten“ anzustimmen, begegnete Professor Nöting dem deutlichen Unwillen der Betriebsräte, was ihn veranlaßte, es schnell aufzugeben.

In einer Entschließung forderten die Betriebsräte das einzig Richtige, nämlich die Durchführung des Mitbestimmungsrechtes in den Betrieben, in Klaren Erkenntnis der Notwendigkeit, Einfluß zu nehmen auf die Gestaltung der Wirtschafts- und Ernährungsfrage, um der Not und dem Elend zu steuern.

Unternehmer muß Kündigung zurücknehmen!

Die Belegschaft des Stuttgarter Metallbetriebes Kiefer, etwa 140 Arbeiter und Angestellte, legte am 8. 9. 1947 die Arbeit wegen der fristlosen Entlassung ihres Betriebsratsvorsitzenden nieder. Die Entlassung war auf Grund einer Denunziation erfolgt, die sich als völlig unwahr herausstellte.

Die Belegschaft blieb im Betrieb, während die Gewerkschaftsvertreter mit der Firmenleitung verhandelte. Am folgenden Nachmittag nahm der Betriebsleiter die Entlassung zurück

und erklärte vor der Belegschaft, daß er einem Irrtum zum Opfer gefallen sei. Er sei bereit, für die beiden Tage volle Arbeitszeit zu bezahlen. Die Belegschaft nahm auf Grund dieser Zusicherung die Arbeit wieder auf.

Nur KP Saar gegen Saarverfassung

Nachdem in der Verfassungskommission der Entwurf der Kommunistischen Partei abgelehnt wurde, schlug dieselbe vor, einen Volksentscheid zur Verfassung durchzuführen. Alle Parteien lehnten auch diesen Vorschlag der KP ab. Dieser Beschluß verdient deshalb besonders hervorgehoben zu werden, weil in der Saar-Verfassung der Anschluß des Saargebietes an Frankreich gefordert wird.

Über Rummenohl nach Leipzig

(Fortsetzung von Seite 1)

lege Tost, Berlin, bemühte sich mit Erfolg, in jeder strittigen Frage vollkommene Klarheit und gegenseitiges Vertrauen zu sichern. Ausgehend von den Lehren der Vergangenheit bezeichnete er es als eine Pflicht der deutschen Gewerkschaften, keine Machtentwülkung der Kapitalistenklasse zuzulassen. Die Gewerkschaften müssen zugunsten der Arbeiterklasse überall planend und kontrollierend die Wirtschaft beeinflussen, wobei ein Ausspielen von Ost und West verhindert werden muß. Nur durch gemeinsames Arbeiten können die Monopolverhältnisse und der Aufstieg der Arbeiterklasse gesichert werden.

In den Fragen des Aufbaus der Organisation nach dem Prinzip: „Ein Betrieb — eine Gewerkschaft“ wurde vollkommene Übereinstimmung erzielt. Die Gleichstellung von Frauen und Jugendlichen in Bewertung ihrer Arbeit wurde anerkannt und die Forderung

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ als eine der wichtigsten Gegenwartsforderungen genannt. Die Zusammenarbeit mit der Internationalen Gewerkschaftsbewegung und der Eintritt in den Weltgewerkschaftsbund wurde als eine Selbstverständlichkeit unterstrichen. Die Schaffung einer einheitlichen Leitung für Deutschland mit dem Ziel: „Einheit der Gewerkschaftsbewegung und Einheit Deutschlands“ wurde beschlossen.

Die vorgelegten Richtlinien wurden bestätigt. Darin heißt es u. a.: „Das Lebensinteresse aller arbeitenden Menschen unseres Landes erfordert die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle in der Metallindustrie Beschäftigten ihre Kräfte einsetzen. Die Vereinigung aller Industriegewerkschaften Metall zu einer einheitlichen Industriegewerkschaft für das ganze Reich ist eine entscheidende Voraussetzung für den wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufstieg der

Metallarbeiter. Damit diese Bestrebungen sinnvoll und planmäßig entwickelt und durchgeführt werden, wird ein aus allen Zonen bestehender Interzonenausschuß gebildet. Er besteht aus je 4 Vertretern der vier Besatzungszonen und 2 Vertretern aus Groß-Berlin. Jede Zone wählt ihre Vertreter durch ihre zuständigen Organe.

Für die Vorbereitung und Durchführung der Aufgaben des Interzonenausschusses wird bis zur Wahl einer neuen Interzonenleitung ein Arbeitsausschuß von 5 Kollegen gebildet, in dem jede Zone einschließlich Berlin vertreten ist.“

Damit ist der Grundstein für die zukünftige deutsche Metallgewerkschaft gelegt worden. Gleichzeitig wurde das Tätigkeitsgebiet des Interzonenausschusses umrissen und ihm wichtigste gewerkschaftliche Aufgaben übertragen.

Die Delegierten aus dem Westen erhielten in Leipzig ein umfangreiches Bild über das Tarif- und Arbeitsrecht, Wirtschafts- und Lohnpolitik. Sie hatten Gelegenheit, mit Betriebsräten und Betriebsinhabern sich über alle Fragen zu unterhalten. Eins ist dabei allen Teilnehmern klar geworden: Die Vertretung der Beschäftigten in der Metallindustrie ist bei den Betriebsräten, die in allen Fragen entscheidend mitbestimmen, in besten Händen. Auch die Betriebsleitungen sind von Grund aus verändert und in keinen Vergleich zu denen des Westens zu bringen. Die Verwaltung der in Volkseigentum überführten Betriebe setzt sich wie folgt zusammen:

Frühere Direktoren 5,2 %
Kaufleute 31,7 %
Ingenieure 23,9 %
Angestellte 11,9 %
Arbeiter 27,3 %
zusammen = 100 %

Damit ist auch von dieser Seite her der Reaktion das Handwerk gründlich verdröben. Gewisse Bedenken,

die gegen das Leistungsprinzip, das im Osten besteht, vorgebracht wurde, konnten also mit vollem Recht damit zurückgewiesen werden, daß nicht das Unternehmertum, sondern die Betriebsräte und Gewerkschaften selbst den Maßstab für Umfang und Art der Leistung bestimmen. In Leipzig wurde, nachdem dem Kontrollrat eine Entschließung zum Lohnstopp einstimmig übermittelt wurde, ein Beschluß angenommen, in welchem neben der sofortigen Bildung des Fünferkopfes die

Vorbereitung und Einberufung eines gesamtdeutschen Kongresses der Metallarbeiterorganisationen beschlossen wurde. Nachdem der Bericht über die Kopenhagener Internationale Metallarbeiterkonferenz nach reger Diskussion entgegengenommen worden war, wurde ein zusammenfassender Bericht angenommen, in welchem die Einheitlichkeit der Auffassungen unterstrichen wird und die Richtlinien und Arbeitsgrundsätze aller Metallarbeiterorganisationen einmütig gutgeheißen sind. Die zweite Interzonenkonferenz der Metallgewerkschaften in Leipzig war ein großer Schritt vorwärts zur Einheit aller Metallarbeiter und Angestellten und auf dem Wege zur Einheit Deutschlands.

Der Name Schlange-Schönings ist verbunden mit dem Begriff der „Osthilfe“, durch die den reaktionären Junkern und Großgrundbesitzern vor und nach 1933 ungeheure Gelder in Form von Subventionen zugesandt wurden. Schlange-Schönings scheint diese reaktionäre Praxis auch in der Gegenwart nicht missen zu wollen. Als waschechter Junker wirkt er mit allen Kräften gegen die Bauern und für die Junker und benützt zu diesem Zweck ein ausgedehntes System von Reichs- und Provinzialorganisationen, bäuerlichen Hauptverbänden, landwirtschaftlichen Genossenschaften und Beratungsringen.

Einer seiner engsten Mitarbeiter ist Dr. Herms, Leiter der Arbeitsgemeinschaft der Bauernverbände und

Erziehung und Entnazifizierung

Aus dem Schulumemorandum der Kommunistischen Partei

Alle faschistischen und militaristischen Elemente in der Lehrerschaft sind zu entfernen. Es sollen aber nur die wirklich Schuldigen erfaßt werden. Wer die Schulstube heute noch mit dem Kasernenhof verwechseln, steht am falschen Platz. Wer aber ernstlich bemüht ist, sich in den demokratischen Neuaufbau einzureihen und die Gewähr gibt, daß er die Kinder im freihetlichen Geist erzieht, soll der Schularbeit erhalten bleiben.

Zuschrift von Herrn La. aus S., Lehrer. „Wer das Seminar nach 1918 erlebt hat, anerkennt die Notwendigkeit der

Flüchtlings- oder Konzentrationenlager

Soll so die Gleichberechtigung der Neubürger aussehen?

In den Gebäuden des Fliegerhorstes Wertheim sind ungefähr 2000 Umsiedler und Evakuierte aus Ungarn und der Tschechoslowakei untergebracht. Die Lebensverhältnisse dieser Menschen sind grauenvoll und man fragt sich, ob gewisse reaktionäre Kreise an dieser absoluten Verelendung nicht interessiert sind, nachdem nun über zwei Jahre nichts getan wurde, um die Lage der Umsiedler zu verbessern.

Wohnbedingungen, hygienische und sanitäre Einrichtungen halten den Vergleich mit jedem faschistischen Konzentrationslager stand. In kleinen Zimmern, die früher 1 oder 2 Unteroffiziere beherbergten, hausen heute ganze Familien. So hat man z. B. eine Familie von 14 Personen 40 qm Wohnraum zugewiesen. Von den 12 Kindern dieser Familie leiden 5 an Lungen- und Hautkrankheiten.

Die meisten Türen und Fenster sind zerbrochen und nur notdürftig abgedichtet. In den Gängen der ehemaligen Fliegerkaserne herrscht ein penetranter Gestank. Gleich nach dem Zusammenbruch hatte nämlich ein den Behörden bekannter Geschäftsmann sämtliche Klosett-, Wasch- und Baderichtungen in unbekannter Richtung abtransportiert. Anstelle nun den Schuttberg Rückgabe des gestohlenen Eigentums zu verlangen, hat man einfach offene Aborte, ohne Türen und Fenster, gemauert, so daß die Luft im ganzen Hause verpestet wird.

Im Wohnbereich der Flüchtlinge liegt ein Krankenhaus mit 50 Betten, das unter der Leitung des Flüchtlingsarztes Dr. Schäfer steht. Ihm stehen nicht einmal die notwendigen medizinischen Instrumente für die Betreuung seiner Kranken zur

Verfügung. Da keine Bettwäsche vorhanden ist, müssen die Patienten ihre Wäsche selber mitbringen, was bei dem vollständigen Verlust ihrer Habe den Leuten nur selten möglich ist. In zwei Bädern werden 50 Kranke gebadet und auch die Wäsche des gesamten Krankenhauses gewaschen.

Versorgungsmäßig ist das Krankenhaus so überlady, daß eine Strafanstalt. Es bekommt keinerlei Zuschüsse und hatte während einem ganzen Jahr kein Pfund Frischgemüse. Das Befinden der Kranken ist auch den Verhältnissen entsprechend. In den Betten liegen zu Skeletten abgemagerte, an Hungerödemen leidende Männer und Frauen, die zum Teil vor Schwäche nicht einmal mehr sprechen können. Immer mehr schwer erkrankte Menschen werden dem Krankenhaus zugewiesen und der einzige Arzt ist nicht mehr imstande, den vielfältigen Ansprüchen zu genügen.

Die Zustände im Flüchtlingslager Wertheim sind menschenunwürdig und sich wieder mit den Grundgesetzen der Hygiene noch der einfachsten sozialen Gerechtigkeit in Einklang bringen. Wir wissen, daß das deutsche Volk schwer an den Folgen des Hitlerischen Krieges zu tragen hat. Jedoch darf den Flüchtlingen nicht eine größere Bürde der allgemeinen Not auferlegt werden als der übrigen Bevölkerung. Wir fordern deswegen eine dringliche Untersuchung dieser Angelegenheit durch das Flüchtlingskommissariat und sind überzeugt, daß bei gutem Willen und mutigem Anpacken dieses schwierigen Problems auch hier ein Weg gefunden wird, die Not der Flüchtlinge zu lindern und ihnen eine normale wirtschaftliche Existenz zu sichern.

CDU-Bürgermeister Heurich-Karlsruhe

Von Mund zu Mund geht in diesen Tagen die Kunde von den zwei Zentnern Weizen, die dem CDU-Bürgermeister Heurich von der Polizeipolizei beschlagnahmt wurden. Die Karlsruher Bevölkerung ist mit Recht über die Tatsache empört, daß die hohen Herren in der staatlichen und städtischen Verwaltung es verstehen, in dieser kalten, winternartigen Zeit ihr „körperliches Gleichgewicht“ zu erhalten, während sich auf den Gesichtern der arbeitenden Bevölkerung die Spuren des Hungers immer deutlicher abzeichnen.

Nun erschien in den „Badischen Neuesten Nachrichten“ eine vom Schwiegersohn des Herrn Heurich lancierte Erklärung, derzufolge der Weizen ohne Kenntnis des bürgermeisterlichen Empfängers an diesem abhandelt worden wäre und die Frucht erfrigen Aehrenlesees sei. Es ist bekannt, daß pro Familie Aehrenleseescheine ausgegeben wurden, die nur berechtigen, bis zu fünf Kilogramm zu ernten. Wie kommt der Schwiegersohn des Herrn Heurich zu 20 Leseescheinen? Oder hat vielleicht die CDU

Südhannovers eine Solidaritätsaktion zugunsten ihres Karlsruher Parteifreundes veranstaltet?

Wir haben im Karlsruhe Stadtwappen noch keinen Bären. Herr Heurich und seine nächste Verwandtschaft versuchen, der Bevölkerung einen solchen aufzubinden. Die Erklärung des Herrn Heurich ist faul. Wenn die zwei Zentner Weizen der erste Verstoß des CDU-Bürgermeisters gegen die Verbrauchsordnung wäre, könnte man mit gutem Willen der Darstellung seines Schwiegersohnes Glauben schenken. So aber ist das Maß voll. Wenn Herr Heurich noch einen Funken von Schamgefühl in sich spürt, dann zieht er von sich aus die Konsequenzen und überläßt seinen Platz einem Manne, dem das Wohl der Bevölkerung vor seinem eigenen kommt. Dies ist aber nach den bisher gemachten Erfahrungen wenig wahrscheinlich und es wird die Aufgabe des Stadtrates sein, für eine saubere Verwaltung zu sorgen und das berechtigte Verlangen der Bevölkerung nach dem Rücktritt von Bürgermeister Heurich durchzusetzen.

F.K.H. Dietz, Karlsruhe.

Schlange-Schönings Weg:

Subventionen für Großgrundbesitz! Neuauflage der „Osthilfe“!

Der Name Schlange-Schönings ist verbunden mit dem Begriff der „Osthilfe“, durch die den reaktionären Junkern und Großgrundbesitzern vor und nach 1933 ungeheure Gelder in Form von Subventionen zugesandt wurden. Schlange-Schönings scheint diese reaktionäre Praxis auch in der Gegenwart nicht missen zu wollen. Als waschechter Junker wirkt er mit allen Kräften gegen die Bauern und für die Junker und benützt zu diesem Zweck ein ausgedehntes System von Reichs- und Provinzialorganisationen, bäuerlichen Hauptverbänden, landwirtschaftlichen Genossenschaften und Beratungsringen.

Einer seiner engsten Mitarbeiter ist Dr. Herms, Leiter der Arbeitsgemeinschaft der Bauernverbände und

Präsident des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in der englisch-amerikanischen Zone. Ganz im Sinne seines Herrn und Meisters Schlange-Schönings lenkt Dr. Herms das gesamte Kreditwesen der Genossenschaften in der Richtung einer einseitigen Unterstützung des Junkertums und der landwirtschaftlichen Groß- und Großbetriebe unter Benachteiligung der Bauernbetriebe. So wird bekannt, daß für die Großgrundbesitzer des Bezirkes Kassel 150 000 Mark neue Kredite bewilligt wurden. Das Kreditbedürfnis im Gebiet des Verbandes ländlicher Genossenschaften in Kassel beträgt, wie der Verband vorläufig auf 750 000 Mark, aber gleichzeitig wird die erstaunliche Feststellung gemacht, daß bei landwirtschaftlichen Betrieben kleinerer und mittlerer Größe kein Kreditbedürfnis besteht. Kein Geld also für Klein- und Mittelbauern; Hunderttausende aber für die Großgrundbesitzer und die enteigneten Junker aus der Ostzone.

Gleiche Ursachen — gleiche Folgen! Die „Osthilfe“, welche auch damals der Junker Schlange-Schönings leitete, führte zur Stärkung des reaktionären Großgrundbesitzes und des Hitlerfaschismus. Die Neuauflage der „Osthilfe“, die jetzt Schlange-Schönings im Westen ins Werk setzt, dient nicht dem Bauern und dem deutschen Volke, sondern der Stärkung der wirtschaftlichen und politischen Macht des reaktionären Großgrundbesitzes. Deshalb gilt es, alle Kräfte zusammenzufassen, um Schlange-Schönings auszuschalten und seine volksfeindlichen Pläne zu zerschlagen.

Die Partei

1842
Partei! Partei! Wer sollte sie nicht nehmen,
Die noch die Mutter aller Siege war!
Wie mag ein Dichter solch ein Wort verjemen,
Ein Wort, das alles Herrliche gebart?
Nur offen wie ein Mann: Für oder wider?
Und die Parole: Sklave oder frei?
Selbst Götter stiegen vom Olymp hernieder
Und kämpften auf den Zinnen der Partei!

Das Gestern ist wie eine welke Blume —
Man legt sie als ein Zeichen in ein Buch —
Begrabt's mit seiner Schmach und seinem Ruhme
Und webt nicht länger an dem Leichtentuch!
Dem Leben gilt's ein Lebehoch zu singen,
Und nicht ein Lied im Dienst der Schmeichelei:
Der Menschheit gilt's ein Opfer darzubringen,
Der Menschheit, auf dem Altar der Partei!

Georg Herwegh

Altpapier!

Wir bitten alle Ortsgruppen, die 70 bis 80 Altpapier gesammelt haben, uns zu benachrichtigen, damit wir dasselbe abholen können. Altpapier ist ein wichtiger Rohstoff. Jedes Kilogramm sichert die Herausgabe unserer Zeitung. „Badisches Volksecho“

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbadische Zone, 3. 10. Verantwortlich: Kurt W. Wehler. Es ist ein Verstoß gegen die 4-6. Authorized by Military Government of Württemberg and Baden, Stuttgart, Fr. 10. 4. 46.

Kultur-Mosaik

Auf dem pädagogischen Kongreß, der vom 8. bis 10. 9. 47 in Leipzig stattfand, hielt der Präsident der Zentralverwaltung für Volksbildung, Paul Wandell, der in Mannheim, seiner Heimatstadt, wo auch seine Eltern leben, aus der Zeit vor 1933 noch in bester Erinnerung ist, ein grundlegendes Referat über „Grundsätze der Erziehung in der deutschen demokratischen Schule“.

14 000 Unterrichtsfilme für Volksschulen, Berufsausbildungs- und Hochschulen weist gegenwärtig das Filmmuseum der Landesbildstelle für Thüringen in Weimar auf. 140 neue Projektionsapparate stellt die Landesbildstelle in diesen Wochen neu zur Verfügung und schafft durch die Möglichkeit Unterrichtsfilme und Lichtbilder noch mehr als bisher als Anschaffungsmaterial in den Schulen zu verwenden. Leider haben wir in Württemberg-Baden diesen Erregungsschichten nichts, auch nur annähernd gleichwertiges, an die Seite zu stellen.

„Des Teufels General!“. Das neue Schauspiel Karl Zuckmayers soll demnächst von den Besatzungsmächten zur Aufführung freigegeben werden. Auch das National-Theater in Mannheim hat für das neue Spieljahr eine Aufführung vorgesehen und scheint damit den „schwarzen Vorhang“ fallen zu lassen, der bisher eine fortschrittliche und lebendige Sicht in dem vor der Nazizeit doch so aufgeschlossenen Mannheimer Theaterleben verhindert hat.

Studenten gegen Reaktion. Auf der Konferenz des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes in Bielefeld hetzte der Kultur-Referent der SPD, Arno Henning, der die Grüße Dr. Schumachers überbrachte, „gegen die Kommunisten und die Ostzone“. Dies berichtet auch die sog. überparteiliche lizenzierte Presse, dagegen verschweigt sie geflissentlich, daß der 1. Vorsitzende der National-Verseinerung der Labour-Studenten, Donald Chesworth, von starkem Beifall die Versammelten aufforderte, „nicht durch Angriffe gegen die Kommunisten“ die Reaktion zu unterstützen, sondern vielmehr eine Einheit mit allen Arbeiterorganisationen herzustellen und aufs engste mit allen sozialistischen Kräften zusammen zu arbeiten.“

Bert Brecht wieder auf deutschen Bühnen! An den noch im Ausland weilenden Dichter Bert Brecht richtete die deutsche Dramaturgen-Versammlung in Augsburg einen offenen Brief, in dem die Teilnehmer der Tagung ihrer Hoffnung Ausdruck geben, die Werke dieses Dichters, insbesondere jene, die er seit seinem Weggang geschrieben hat und die überall außerhalb der deutschen Grenzen gespielt werden, recht bald auch bei deutschen Bühnen gespielt werden zu sehen. „Wir sind überzeugt“, so heißt es, „daß Sie, sehr verehrlicher Herr Brecht, um des geistigen Gehalts Ihrer Stücke und Ihrer Wirksamkeit Willen mit uns erkennen, daß eine solche Situation auf die Dauer ein Anachronismus ist.“

Wissenschaftler flüchtet aus der amerikanischen Zone. Der Ordinarius für phy-

sikalische Chemie an der Universität in München, Professor Claus D. U. S., namhafter Spezialist auf dem Gebiete der Atom- und Strahlentherapie, ist ohne Genehmigung der amerikanischen Militärregierung in die Schweiz emigriert. Er begründet seinen Schritt in einem Abschiedsbrief an das Dekanat der Münchener Universität mit der Befürchtung, gegen seinen Willen in den Dienst einer ausländischen Macht gestellt zu werden. Diese Flucht in die Schweiz sollte jenen zu denken geben, die sich nicht genug tun können mit der Kolportage von Sensationsmeldungen über Zwangsverpflichtungen von Wissenschaftlern, Technikern und Spezialarbeitern in die Sowjetunion.

Professor Kraut, der hervorragende Romanist, der bisher an der Universität Marburg einen Lehrstuhl für Romanistik inne hatte, wird vom kommenden Wintersemester ab an der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig über Romanistik und Kultursoziologie lesen. Diese Nachricht wird insbesondere den Landesdirektor für Kultur und Unterricht in Sachsen, Herrn Professor Schnabel, interessieren, welcher der Meinung ist, daß kein anerkannter Wissenschaftler daran interessiert sei, die amerikanische Zone zu verlassen und etwa an einer Universität der sowjetisch besetzten Zone zu wirken.

Zum 40. Todestag von Edvard Grieg. Mit Edvard Grieg begann das Land der Fjorde erstmalig seine Stimme im europäischen Konzert vernnehmlich zu

erheben. Und sie ertönte mit so viel Zauberklang, daß alle reizempfindlichen Ohren in Europa sich ihr zuwandten. In jedes musikkaffensene Haus drangen die zahlreichen „lyrischen Stücke für Klavier“, die Grieg Folge um Folge herausgab. Sie sind sein eigentliches Vermächtnis an die musikalische Welt. Aus ihnen spricht ein Musiker, der im kleinsten Raum die größte Süße zu sammeln wußte. Den großen musikalischen Formen stand Grieg fern. Wo er sich ihnen zuwandte, wie im Klavierkonzert und den Violinsonaten, sind auch sie von kleinnelndem Partikeln, die schillernd und unruhvoll modulierend durch immer neue Tonarten und immer neue klangliche Lagen hindurchtreiben, erfüllt. War es dieses Sichverzehren im engsten Rahmen, dem die Nerven der Zeitgenossen so begierig antworteten? Heute ist der Reiz der einst so apart wirkenden Harmonik und Melodik Griegs schwächer geworden, was einst neu und originell schien, ist als maniert erkannt. Doch wenn Griegs Wirkung auch auf wenige Werke beschränkt bleibt, vor allem auf seine herrliche „Peer-Gynt“-Musik, so bleibt es doch sein Verdienst, der Musik neue Klänge zueführt zu haben, die er aus den Quellen schöpfte, die in den Tälern seiner norwegischen Heimat fließen, und so mit dazu beigetragen zu haben, daß die Volksmusik befruchtend wurde für die Kunstmusik. K. W.

Donnerstag, 18. 9. 47: 7.10 Uhr Aufnächtern Magen; 14 Uhr Die tägliche Zeitungsschau; 19.25 Uhr Aus Politik und Wirtschaft; 19.40 Uhr Tribüne der Demokratie; Funkbericht von der Sitzung des Berliner Stadtparlaments; 20 Uhr Tageskommentar von Michael Storm; 23 Uhr Die Stimme des Kulturbundes.

Freitag, 19. 9. 47: 7.10 Uhr Aufnächtern Magen; 14 Uhr Die tägliche Zeitungsschau; 19.25 Uhr Die Stimme des Kulturbundes; 19.40 Uhr Tribüne der Demokratie; 20 Uhr Tageskommentar von Michael Storm; 23 Uhr Tageskommentar.

Samstag, 20. 9. 47: 7.10 Uhr Aufnächtern Magen; 14 Uhr Die tägliche Zeitungsschau; 19.25 Uhr Die Stimme des Kulturbundes; 19.40 Uhr Tribüne der Demokratie; 20 Uhr Tageskommentar.

Sonntag, 21. 9. 47: 14 Uhr Die tägliche Zeitungsschau; 19.30 Uhr Pädagogische Woche. Bericht vom 2. Pädagogischen Kongreß in Leipzig; 19.25 Uhr Aus Politik und Wirtschaft; 20 Uhr Tageskommentar; 22.15 Uhr Innenpolitische Rundschau von Herbert Gebner.

Dienstag, 23. 9. 47: 7.10 Uhr Aufnächtern Magen; 14 Uhr Die tägliche Zeitungsschau; 19.30 Uhr Die Stimme des Kulturbundes; 19.25 Uhr Aus Politik und Wirtschaft; 20 Uhr Tageskommentar; 21.40 Uhr Tribüne der Demokratie.

Die KPD... Das Sekret... des KPD... seine Mitgl... Ehnd zur... scheidung i... Tatsache, d... lig versagt... aus der Reg... politik noch... diese Entsch... Absicht ent... Maßnahmen... menden Win... von Hunger... so müßt... und die Get... trieben und... sich zu eine... schaft zusam... der erste un... auf dem Gro... großen Not... Entspreche... Partei, wie... 1945 ab ver... nisvollen Br... und KPD zu... Beschluß bei... er im Aktio... vom 8. Augu... fand und u... August 1947... tel heute no...

Auf de... Mit Bed... Freunde un... mauche... liegenden B... wieder im... nem. Es ist... Entschluß, s... ordnung... schreiben... Schritt zürü... Pressefreihe...